



DIE LINKE.

Ernüchternde Bilanz

Menschenrechte müssen ausreichend finanziert werden

Der 3. Oktober ist vorbei und nachdem der Pulverdampf der großen Festivitäten verzogen ist, lohnt sich eine nüchterne Bilanz. Die letzten 20 Jahre sind krisenhafter verlaufen als manch einer erwartet hat. Die Bundesrepublik führt Krieg in verschiedensten Winkeln der Erde. Der Kapitalismus erlebt seine bisher größte Krise und die Regierenden finden ihre unsozialen Antworten darauf. Der Bundeshaushalt ist ein Haushalt der Lobbyisten, belastet Arbeitslose und Familien und begünstigt weiterhin Vermögende und lobbystarke Unternehmen. Die blühenden Landschaften sind zum Nährboden verschärfter gesellschaftlicher Auseinandersetzungen geworden. Je krasser die

sozialen Verwerfungen in unserer Gesellschaft, umso mehr rücken Randgruppen als Sündenböcke ins Blickfeld - egal ob vermeintlich römisch dekadente Erwerbslose oder integrationsunwillige Einwanderer. Credo: Am nächsten ist das eigene Hemd. Nicht anders in der Menschenrechtspolitik. Ob Rot-Grün, Schwarz-Rot oder Schwarz-Gelb - auf Steuergerechtigkeit verzichten sie alle; der Reichtum vor Ort kommt vor den humanitären Missständen, die der Welt unter den Nägeln brennen. DIE LINKE sagt: Menschenrechtsschutz ist Pflichtaufgabe. Danach richten wir uns in unserer Haushaltspolitik.

Katrin Werner
Katrin Werner

INHALT

HAUSHALTPOLITIK

MENSCHENRECHTE IM BT

BEHINDERTENBEIRAT

GLEICHBERECHTIGUNG



Im Haushaltsentwurf der Bundesregierung wird bei Menschenrechten massiv gekürzt - überall, nur nicht in der Ausstattungshilfe für ausländische Streitkräfte. Bezeichnend auch, weil dieser Bereich eigentlich in Verantwortung des Verteidigungsministeriums liegt und dennoch aus dem Budget des Auswärtigen Amtes finanziert wird. DIE LINKE akzeptiert nicht, dass das Engagement für Menschenrechte zurückgestutzt wird und fordert in parlamentarischen Initiativen - dokumentiert auf den nächsten Seiten - einen eigenen Haushaltsposten für die Förderung der Menschenrechte.

HAUSHALTSENTWURF 2011 EINZELPLAN 05

ÄNDERUNGSANTRAG DER FRAKTION DIE LINKE - AG MENSCHENRECHTE

Titel	Seite	Titelname	Entwurf 2011 (T €)	DIE LINKE. (T €)	Differenz (T €)
07/687 72	29	Humanitäre Hilfsmaßnahmen im Ausland	76 807	150 000	+ 73 193

Vermerk:
43 Mio. sind Euro als Einzahlung in den VN-Nothilfefonds Central Emergency Response Fund (CERF) vorgesehen.

Begründung:

Umweltkatastrophen nehmen immer verheerendere Ausmaße an, wie in den letzten zwei Jahren in Haiti, Pakistan, China oder Russland mit tragischen Folgen für die lokale Bevölkerung. Die Industrieländer müssen Verantwortung übernehmen, da diese durch ihre Klimapolitik die Katastrophen mit voran treiben. Es müssten wesentlich mehr Mittel in einen Haushaltsplan für humanitäre Katastrophenhilfe eingeplant werden, damit im Falle einer nächsten Flut oder Dürre die Gelder rechtzeitig und unbürokratisch zur Verfügung stehen. Dieser Titel sieht eine Kürzung von 96,0 Mio. € auf 76,8 Mio. € vor und somit um 20 Prozent, nachdem derselbe Titel schon 2009/2010 um 6,2 Prozent gekürzt wurde. Schon 2008 zahlte Deutschland somit nur ca. ein Drittel dessen, was die OECD-Staaten durchschnittlich von ihren ODA-Ausgaben für humanitäre Hilfe bereitstellen. Auch die Einzahlung für CERF liegt mit den geplanten Mitteln von 15 Mio. Euro weit unter dem erforderlichen Maß.

HAUSHALTSENTWURF 2011 **EINZELPLAN 05**

ÄNDERUNGSANTRAG DER FRAKTION DIE LINKE - AG MENSCHENRECHTE

Titel	Seite	Titelname	Entwurf 2011 (T €)	DIE LINKE. (T €)	Differenz (T €)
07/687 73	29	Demokratisierungs- und Ausstattungshilfe, Förderung der Menschenrechte	10 237	100 000	+ 89 763

Erläuterungen: Unterteilung in drei Titel

Titel	Titelname	DIE LINKE. (T €)
07/687 73 (a)	Demokratisierungshilfe	20 000
Vermerk: Hierunter fallen Unterstützungshilfen für die zivilgesellschaftliche Organisationen und Ausbildung von lokalen Organisationen im Bereich Organisations-, Partizipation- und Rechtsberatung.		
07/687 73 (b)	Ausstattungshilfe	---
07/687 73 (c)	Förderung der Menschenrechte	80 000
Vermerk: Hiervon sind 487 T Euro zur Deckung von Mehrausgaben bei dem Titel Kap. 0702 Tit. 685 11 (deutsches Institut für Menschenrechte, DIMR) vorgesehen.		

Begründung

Die Zusammenlegung der Titel in 687 73 ist inhaltlich nicht begründbar. Die Bundesregierung tritt ein für „Menschenrechte ist Grundkonstante unserer Außenpolitik“. Mehr als die Hälfte dieses Haushaltspostens wurden 2009 als Ausstattungshilfe für ausländische Streitkräfte ausgegeben. Die Durchführung der Ausstattungshilfe obliegt dem Verteidigungsministerium und sollte daher auch im Verteidigungshaushalt aufgeführt werden. Gut ein Viertel des Titels floß in Demokratisierungshilfe. Daher verblieben 2009 lediglich rund 3 Mio. Euro für die Förderung der Menschenrechte. Zudem wurde dieser Titel im Entwurf 2011 noch einmal um 50 Prozent gekürzt. Im Hinblick auf die angestrebte Vorreiterrolle Deutschlands in den Bereich Menschenrechten und aufgrund der anhaltenden Aufgaben in den Bereichen der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte sowie vor dem Hintergrund anhaltender Menschenrechtsverletzungen in Krisengebieten ist ein eigener Haushaltsposten für die Förderung der Menschenrechte längst überfällig.



HAUSHALTSENTWURF 2011

EINZELPLAN 05

ÄNDERUNGSANTRAG DER FRAKTION DIE LINKE - AG MENSCHENRECHTE

Titel	Seite	Titelname	Entwurf 2011 (T €)	DIE LINKE. (T €)	Differenz (T €)
07/687 67	28	Sonstige Leistungen an Organisationen und Einrichtungen im internationalen Bereich	25 324	33 664	+ 8 340

Erläuterungen:

1.	28	Internationales Komitee vom Roten Kreuz (IKRK)	1 330	2 330	+ 1 000
2.	28	Fonds des Weltkinderhilfswerkes der Vereinten Nationen (UNICEF)	4 675	6 675	+ 2 000
3.	28	Hilfsfonds des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR)	6 340	9 000	+ 2 660
4.	28	Hilfsprogramm der Vereinten Nationen für palästinensische Flüchtlinge (UNRWA)	6 340	8 000	+ 1 660
13.	28	Hilfsfonds des United Nation Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (OCHA)	980	2 000	+ 1 020

Begründung:

Deutschland muss weiterhin seiner internationalen Verpflichtung in der UN nachkommen. Die Erhöhungen beziehen sich alle auf Haushaltspositionen, die wichtige Hilfsprogramme in der UN betreffen und die heute schon unterfinanziert sind.



Zum Haushaltsentwurf der Bundesregierung erklärt MdB Katrin Werner, Mitglied im Menschenrechtsausschuss und in der Parlamentarischen Versammlung des Europarats:

„Der vorliegende Haushaltsentwurf zeigt: Diese Bundesregierung hat weder etwas für sozial Schwache noch für Menschenrechte übrig. Das unsoziale Streichkonzert der Bundesregierung konzentriert sich bezeichnenderweise auf die humanitäre Krisenhilfe, die Beiträge Deutschlands für internationale Organisationen und die Förderung der Menschenrechte. Bei den Ausgaben für die Vereinten Nationen soll um ein Drittel gekürzt werden und bei der Menschenrechtsförderung sogar um die Hälfte.

Es ist zudem inhaltlich nicht begründbar, weshalb die Bundesregierung die Förderung der

Menschenrechte mit der Ausstattungshilfe für ausländische Streitkräfte zu einem gemeinsamen Haushaltstitel zusammenlegt. Hier findet eine klare Vermischung von zivilmilitärischen und menschenrechtspolitischen Aufgaben statt. Die Bundesregierung versucht mit diesem Taschenspielertrick, ihren Verteidigungshaushalt kleinzurechnen, indem sie die ausufernden zivilmilitärischen Kosten für den Afghanistankrieg anderen Haushaltsbereichen zuschanzt. Von den vorgesehenen 10 Millionen Euro soll mehr als die Hälfte für Ausstattungshilfe ausgegeben werden, sodass für die Menschenrechtsförderung praktisch kaum mehr als der berüchtigte Tropfen auf den heißen Stein übrig bliebe. Die Bundesregierung will somit Menschenrechte für militärische Interventionen instrumentalisieren.

Die LINKE fordert einen eigenen Haushaltstitel „Förderung der Menschenrechte“ in Höhe von 100 Millionen EURO ohne Ausstattungshilfe. Denn diese gehört in den Verteidigungshaushalt.“

Aus Kasachstan erreichen uns übereinstimmende Berichte von anhaltenden massiven Menschenrechtsverletzungen insbesondere im Strafvollzug. In kasachischen Gefängnissen sind demnach Folterpraktiken und andere Formen unmenschlicher, grausamer und entwürdigender Behandlung weit verbreitet. Die Bundesregierung hat in offensichtlicher Kenntnis der erheblichen Menschenrechtsverletzungen die Kandidatur Kasachstans als erstes postsowjetisches Land für den OSZE-Vorsitz mit Nachdruck unterstützt.

Frage zur schriftlichen Beantwortung durch die Bundesregierung:

Wie beurteilt die Bundesregierung die humanitären und menschenrechtlichen Haftbedingungen in Kasachstan und über welche Erkenntnisse verfügt sie bezüglich Fällen von Selbstverstümmelungen von Häftlingen aus Protest gegen Folter und andere Misshandlungen?

Antwort der Staatsministerin Cornelia Pieper:

Der Strafvollzug in der Republik Kasachstan entspricht nicht westlichen Standards. Die Bundesregierung erkennt jedoch die Reformbereitschaft Kasachstans im Justizbereich und die bereits erzielten Fortschritte an. Die Bundesregierung verfolgt die Reform des Strafvollzugs sowohl bilateral in der Zusammenarbeit der Justizministerien als auch im Rahmen des EU-Menschenrechtsdialogs und der Rechtsstaatsinitiative der EU-Zentralasienstrategie. Das Auswärtige Amt hat zudem eine Arbeitsgruppe finanziell gefördert, die sich die Betreuung von Folteropfern, die Aufklärung von Foltervorfällen [...] sowie den Gesetzentwurf über den nationalen Präventionsmechanismus des „Internationalen Kasachischen Büros für Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit“ zur Aufgabe gemacht hat. [...]



KASACHSTAN IM BLICK

Frage zur schriftlichen Beantwortung durch die Bundesregierung:

Welchen Stellenwert hat die Bundesregierung der Menschenrechtssituation in Kasachstan bei ihrer Unterstützung der Bewerbung des Landes für den OSZE-Vorsitz eingeräumt?

Antwort der Staatsministerin Cornelia Pieper:

Die Bundesregierung setzt sich in ihrer Außenpolitik gegenüber allen Staaten für die Einhaltung der Menschenrechte ein. Dies gilt selbstverständlich auch für ihre Politik innerhalb der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und gegenüber einzelnen OSZE-Teilnehmerstaaten. Auf dem Ministertreffen der OSZE-Außenminister in Madrid 2007 hat Kasachstan seinen Willen bekräftigt, die OSZE-Prinzipien in allen drei Dimensionen – und damit auch im Bereich der menschlichen Dimension – einzuhalten. Dieser Selbstverpflichtung misst die Bundesregierung nach wie vor eine große Bedeutung bei.

SCHULENTWICKLUNGSKONZEPT: STADTTEILE WERDEN GEGENEINANDER AUSGESPIELT



In Trier wurde wieder über das Schulkonzept diskutiert. Im Mai sicherte die rheinland-pfälzische Landesregierung vier Standorte einer Realschule Plus zu. Als Linke lehne ich die Realschule Plus grundsätzlich ab. Denn sie ermöglicht weder gleiche Abschlüsse, noch gleiche Bildungschancen für alle Schülerinnen und Schüler. Gleichwohl war mir klar, dass es in Trier um die Frage des Schulstandortes ging. Dabei wurde ein Schulstandort gegen den Anderen ausgespielt: Entweder eine Schule in Trier-West schließen oder zwei Schulen aus Trier-Süd ganz nach Trier-Nord umziehen lassen. Dabei wurde nicht gefragt, was bedeutet das für die Schülerinnen und Schüler in den einzelnen Ortsteilen. Nur weil das Land Geld sparen wollte und nun einen von vier Schulstandorten nicht mehr realisieren konnte, sollten die Jüngsten darunter leider. Ich habe im Stadtrat konsequent gegen alle Anträge gestimmt. In meiner Rede kritisierte ich die Landesregierung „Das Land kann doch nicht verlangen, dass wir ein Schulkonzept verabschieden, bei dem wir die Stadtteile gegeneinander ausspielen müssen. Diesen schwarzen Peter nehmen wir nicht an. Der Stadtrat sollte die Demonstrationen der Schülerinnen, Schüler und Eltern ernst nehmen. Wir brauchen für Trier vier Schulstandorte und nicht weniger. Wir sollten den schwarzen Peter zurück an das Land und die ADD geben.“

BEHINDERTENBEIRAT IN BERNKASTEL- WITTLICH GEHT MIT GUTEM BEISPIEL VORAUSS

Aktiv statt passiv. Der Behindertenbeirat in Wittlich geht mit einem hohen Maß an Eigeninitiative einen neuen Weg. Anstatt abzuwarten, begutachten die Beiratsmitglieder freiwillig öffentliche Einrichtungen. Neue Geschäfte oder Museen werden auf Barrierefreiheit getestet. Auch bei Umbaumaßnahmen, die aus Landesmitteln finanziert werden, wird darauf geachtet, dass die UN-Konventionen eingehalten, also die Belange von Menschen mit Behinderung berücksichtigt werden. Aktuell finden Treffen zwischen dem

Beirat und dem Verbandsbürgermeister des Landkreises Bernkastel-Wittlich statt. „Ziel ist dabei nicht nur auf die Mängel oder Verbesserungsmöglichkeiten hinzuweisen, sondern auch gute Ideen und Umsetzungen der Gemeinden zu würdigen.“ so Katrin Werner, Mitglied des Deutschen Bundestages. „Behindertenbeiräte sind die zentralen Anlaufstellen für Menschen mit Behinderung und deren Angehörigen in Kreisen oder Kommunen. Zudem überprüfen sie die Barrierefreiheit von öffentlichen Einrichtungen und versuchen die Bedingung im Bereich des Möglichen zu verbessern.“ Die Einführung von Behindertenbeiräten ist jedoch noch nicht flächendeckend. Lediglich 24 Behindertenbeiräte gibt es in Rheinland-Pfalz.

Selbstbestimmtes Leben ist ein Menschenrecht und ich werde mich für die Verbreitung eines solchen Konzeptes einsetzen.“



LINKS IM LAND VOR ORT

RHEINLAND-PFALZ VERWEIGERT **GLEICHSTELLUNG** FÜR HOMO- UND BISEXUELLE



Am 24. September 2010 entschied der Bundesrat über die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare. Der Antrag sah vor, Diskriminierung abzubauen und gleichgeschlechtlichen Partnerschaften die gleichen Rechte einzuräumen wie der Ehe. Das Gesetz wurde mehrheitlich abgelehnt. Auch das SPD-alleinregierte Rheinland lehnte das Gesetz ab. Innenminister Karl Peter Bruch erklärte schriftlich gegenüber dem Bundesrat, dass er das Gesetz ablehne, da es dazu einer Grundgesetzänderung bedürfe. Wohl aber unterstütze man das Ziel, Diskriminierung abzubauen. Die Landesregierung verweigerte so ihre Unterstützung zur Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften. Die Landesregierung war schon vor zwei Jahren aufgefallen, als sie das Thema Homosexualität in den Religionsunterricht eingliedern wollte. Die Landesregierung zeigt keinen Mut beim Thema Gleichstellung und Anti-Diskriminierungspolitik. Auch in Rheinland-Pfalz müssen allen Menschen gleiche Rechte zugestanden werden. Dafür braucht es DIE LINKE. in Rheinland-Pfalz.

Katrin Werner

BUNDESTAG & WAHLKREIS

DEUTSCHER BUNDESTAG

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: (030) 227-74337

Telefax: (030) 227-76337

E-Mail: katrin.werner@bundestag.de

Tina Hilprecht

Büroleiterin

Telefon: (030) 227-74335

Heiko Langner

wissenschaftlicher Mitarbeiter

Telefon: (030) 227-74336

E-Mail: katrin.werner.ma01@bundestag.de

Thomas Feske

Telefon: (030) 227-74331

E-Mail: katrin.werner.ma02@bundestag.de

WAHLKREISBÜRO TRIER

Paulinstr. 1-3, 54292 Trier

Telefon: (0651) 1459225

Telefax: (0651) 1459227

E-Mail: katrin.werner@wk.bundestag.de

Ulrike Stumm

Wahlkreismitarbeiterin

Wahlkreisbüro Trier

Marc-Bernhard Gleißner

Wahlkreismitarbeiter

Mobil: (0160) 96271733

E-Mail: katrin.werner@wk2.bundestag.de

BÜRGERBÜRO WITTLICH

Vanessa Burkhardt

Untere Kordel 1a

54516 Wittlich

Telefon: (06571) 1485192

katrin.werner.ma01@wk.bundestag.de

Newsletter der Bundestagsabgeordneten **Katrin Werner**

www.katrinwerner.de | 0651 1459225 | katrin.werner@wk.bundestag.de